

Hoher Druck auf Praxisbezug

Der Landrat ächzt wegen der Kosten, gibt aber den FHNW-Beitrag an die neue Leistungsperiode frei.

Andreas Schwald

Das für die meisten Studierenden und damit für die breite Öffentlichkeit Interessante zuerst: Ja, der Baselbieter Landrat nimmt sich die Sorgen über das Belegungssystem der Pädagogischen Hochschule (PH) und den Praxisbezug an der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) insgesamt sehr zu Herzen. Das zeigten die Voten in der ausführlichen Eintretensdebatte zum Leistungsauftrag an die FHNW vom Donnerstag.

Strenges Augenmerk auf Praxisbezug

Die zuständige Bildungs-, Sport- und Kulturkommission (BKSK) sei ebenfalls im Gespräch mit Studierenden der PH FHNW, welche die Krise rund ums Belegungssystem für die semesterlichen Kursbuchungen auch öffentlichkeitswirksam bewirtschaftet hatten. Jedoch werde man sich diesem Thema zu einem späteren Zeitpunkt an-

nehmen, versicherte FDP-Landrat und Kommissionsmitglied Heinz Lerf: «Wir werden uns mit dieser zu Recht kritisierten Sache an der nächsten Sitzung beschäftigen.»

Ebenfalls inhaltlicher Natur, aber fachhochschulweit wurde zudem der Praxisbezug von Dozierenden und Professuren an der FHNW diskutiert. Bereits zuvor hatte die BKSK in ihrem Bericht darauf hingewiesen, dass der Kanton Baselland in den Verhandlungen erreicht habe, dass die Vorgabe für mehr Praxisbezug an der ganzen FHNW eingeführt werde.

Mindestens 75 Prozent der Dozierenden müssen ab Neuanstellung 2025 fachhochschulweit über ein Minimum von fünf Jahren praktischer Unterrichtsbeziehungsweise Berufserfahrung verfügen. Dies geht auf eine Motion des Grünen alt Landrats Klaus Kirchmayr aus dem Jahr 2021 zurück, der neue Anforderungen spezifisch für die PH formulierte. Da die FHNW dies nun

Mindestens **75**
Prozent der Dozierenden
müssen über fünf Jahre
Erfahrung verfügen.

Rund **298**
Millionen Franken hoch ist
der Anteil des Baselbiets
am Globalbeitrag.

umzusetzen gedenke, sei nun die Motion entsprechend abzuschreiben, empfahl die BKSK.

Baselbiet zahlt mit klammern Budget

Doch genau da nahm das Parlament die einzige Änderung gegenüber den BKSK-Empfehlungen vor: SVP-Landrätin Anita Biedert verlangte, dass die Motion nicht abgeschrieben, sondern stehengelassen werde; die FHNW habe bis jetzt einzig

die Absicht geäussert, dies umzusetzen, jedoch sei ihr dies zu wenig verbindlich. Damit kam sie durch. Trotz der Zusicherung ganzer Fraktionen wie der FDP, der BKSK auch in diesem Punkt zu folgen, wurde Biederts Antrag recht deutlich mit 50 Ja zu 28 Nein-Stimmen angenommen. Dabei erhielt die SVP auch Unterstützung von den Grünen, welche die Motion ebenfalls verbindlich stehenlassen wollten.

Am meisten gesprochen wurde jedoch über Geld. Der Anteil des Baselbiets am Globalbeitrag von 995 Millionen Franken beträgt rund 298 Millionen Franken. Das würdigten die Sprecher aller Fraktionen, insbesondere mit Verweis auf die lädierten Baselbieter Kantonsfinanzen. Die Regierung habe gut verhandelt, hiess es.

Kritik gab es vor allem aus Reihen der SVP zum 50-Prozent-Anteil am Teuerungsausgleich; dieser sei zu hoch, sagte Landrat Andi Trüssel. SP-Landrat Roman Brunner wiederum

sagte, dass man sich den vollen Ausgleich gewünscht hätte – auch, um die Qualität von Lehre und Forschung beim Personal hochhalten zu können. Brunner sagte zudem, dass die FHNW derzeit ihr Eigenkapital aufbrauche. Das könne zur Hypothek für den Beitrag an die darauffolgende Leistungsperiode werden; die Kantone müssten mehr zahlen.

Bildungsdirektorin Monica Gschwind (FDP) wiederum dankte den Einsatz und die Kooperation der FHNW bei den Verhandlungen. Sie konterte auch Kritik am Aufbau der Hochschule Informatik, insbesondere jene von Andi Trüssel, der die künftige Dependence auf dem Dreispitz für unnötig erachtete. Dort, so Gschwind, könne die neue Informatik-Hochschule in die neuen Gebäude der Hochschule für Wirtschaft integriert werden. Zudem sei ein Informatik-Ableger diesseits des Juras aus Sicht der Regierung schlicht Pflicht.